



Inflation bekämpfen – soziale Schieflagen vermeiden!

– Positionspapier der CDU Baden-Württemberg –

1 **Die Teuerungsrate auf Rekordniveau**

2 Die Inflationsrate ist im Dezember 2021 mit 5,3 Prozent auf den höchsten Stand seit 30
3 Jahren geklettert. Zahlreiche Experten rechnen auch für die kommenden Monate mit
4 einem anhaltend hohen Preisniveau und halten eine Teuerungsrate von über vier Prozent
5 im Jahresdurchschnitt 2022 für sehr wahrscheinlich.

6 Viele private Haushalte wissen jetzt schon nicht mehr, wie sie die gestiegenen Preise für
7 Strom, Öl und Gas überhaupt bezahlen sollen. Strom verteuerte sich im Januar 2022
8 durchschnittlich um 11,1 Prozent, Erdgas um 32,2 Prozent und für Heizöl müssen sogar
9 51,9 Prozent mehr gezahlt werden als noch vor einem Jahr. Besonders hart sind
10 Geringverdiener von der zunehmenden Preisspirale betroffen. Ohne eine Entlastung
11 verlieren auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer den Kampf gegen die Inflation.
12 Die Pendlerinnen und Pendler erleben tagtäglich, wie der hohe Spritpreis, der binnen
13 Jahresfrist um 24,8 Prozent gestiegen ist, ein großes Loch in ihr Portemonnaie frisst. Aber
14 auch die Sparerinnen und Sparer, die noch Geld zur Seite legen können, büßen durch die
15 zunehmende Geldentwertung und die seit Jahren andauernde Null- und Negativzinspolitik
16 der Europäischen Zentralbank verstärkt an Kaufkraft ein.

17 Die bisherigen Maßnahmen der roten Ampel in Berlin sind bei weitem nicht ausreichend,
18 die Tragweite dieser Entwicklungen hinreichend abzumildern – die Bundesregierung muss
19 jetzt schnell und wirksam tätig werden.

20

21 **Inflation bekämpfen – soziale Schieflagen vermeiden!**

22 Die CDU Baden-Württemberg fordert die Bundesregierung auf, ihre
23 gesamtgesellschaftliche Verantwortung wahrzunehmen und umgehend wirkungsvolle
24 Maßnahmen zu ergreifen, um die negativen Folgen der Inflation abzumildern.

25 Der vom Bundeskabinett beschlossene einmalige Heizkostenzuschuss in Höhe von 135
26 Euro für Wohngeldempfänger¹ bzw. 115 Euro für BAföG-Empfänger² greift dabei viel zu
27 kurz. Der Betrag wird nach Einschätzung von Experten lediglich einen Bruchteil der
28 tatsächlichen Mehrkosten der rund 2,1 Mio. anspruchsberechtigten Personen ausgleichen.
29 Es muss daher nochmals geprüft werden, ob die bisherigen Maßnahmen und Mechanismen
30 beim Wohngeld ausreichend sind. Vor diesem Hintergrund sollte auch die angemessene
31 Höhe des BAföGs untersucht werden.

32 Aber wie sollen Familien mit Kindern, in Teilzeit arbeitende alleinerziehende Mütter und
33 Väter sowie Rentnerinnen und Rentner, die ebenfalls nur über ein geringes Einkommen
34 verfügen, aber keinen Anspruch auf Wohngeld haben, entlastet werden? Sie leiden ebenso
35 unter den zuletzt stark gestiegenen Preisen für Lebensmittel und werden von der Ampel-

¹ Zwei wohngeldberechtigte Personen, die in einem Haushalt leben, sollen 175 Euro erhalten. Für jede weitere Person im Haushalt gibt es 35 Euro zusätzlich.

² Auszubildende mit Ausbildungsbeihilfe bzw. Ausbildungsgeld und Aufstiegsgeförderte mit Unterhaltszuschuss sollen ebenfalls 115 Euro erhalten.

36 Koalition im Stich gelassen. Die SPD-geführte Regierung bringt Deutschland in eine soziale
37 Schieflage!

38 Bereits in wenigen Monaten drohen saftige Nachzahlungen, die hunderttausende private
39 Haushalte und Unternehmen in finanzielle Schwierigkeiten bringen, wenn die rote Ampel
40 nicht sofort entschlossen handelt. Daher muss die Bundesregierung jetzt kurzfristig
41 Maßnahmen zur Eindämmung der Inflation ergreifen.

42

43 Wir fordern:

44 **1. Eine wirksame Energiepreisbremse**

45

46 Die Energie- und Kraftstoffpreise sind maßgeblich verantwortlich für die hohen
47 Inflationsraten. Eine warme Wohnung oder der tägliche Weg zur Arbeit dürfen aber
48 nicht zum Luxus werden.

49

50 Daher muss die Ampel in Berlin schnell auf die akute Herausforderung reagieren –
51 mit einer Energie- und Spritpreisbremse, die sofort ihre Wirkung entfalten kann
52 und folgende Einzelmaßnahmen umfasst:

53

- 54 ➤ **Sofortige Abschaffung der EEG-Umlage, nicht erst 2023**
- 55 ➤ **In einem weiteren Schritt Absenkung der Steuern und Abgaben auf**
56 **Strom auf das nach EU-Recht zulässige Mindestmaß**
- 57 ➤ **Befristete Absenkung der Umsatzsteuer für Strom-, Gas- und**
58 **Fernwärmelieferungen auf 7 Prozent (bis zum 31.12.2023)**
- 59 ➤ **Keine „Ökosteuer“ auf „Ökosprit“, d.h. Abschaffung der Energiesteuer**
60 **für den als nachhaltig zertifizierten, beigemischten Kraftstoffanteil von**
61 **Benzin, Super und Diesel³**
- 62 ➤ **Heizkostenzuschuss neben Wohngeldempfängern, Auszubildenden und**
63 **BAföG-Empfängern auch für Kinderzuschlagsempfänger nach dem**
64 **Bundeskindergeldgesetz, die kein Wohngeld erhalten, und doppelt so**
65 **hoch wie vorgesehen**

66

67 **2. Ein spürbares Entlastungspaket**

68

69 Angesichts der stark gestiegenen Inflation müssen Personen mit kleinem und
70 mittlerem Einkommen spürbar entlastet werden. Daher fordern wir ein
71 Entlastungspaket, das im Sinne der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, der
72 Pendlerinnen und Pendler sowie der Sparerinnen und Sparer folgende Punkte
73 umfasst:

³ Der nachhaltig zertifizierte Kraftstoffanteil muss Benzin, Super und Diesel verbindlich beigemischt werden. Obwohl dieser „Ökosprit“ zu einer Reduktion von Treibhausgasen beiträgt, wird auch der nachhaltig zertifizierte Kraftstoffanteil mit der Energiesteuer („Ökosteuer“) belastet. Die „Ökosteuer“ wird damit für den klimaneutralen Kraftstoffanteil abgeschafft. Hier ist sie offenkundig sinnwidrig.

74
75
76
77
78
79
80
81
82
83
84
85
86
87
88
89
90
91
92
93
94
95
96
97
98
99
100
101
102
103
104
105
106
107

- **Sofortige Anhebung der Entfernungspauschale (sog. Pendlerpauschale) auf 0,38 €/km ab dem 1. Kilometer und zukünftige dynamische Fortschreibung gemäß dem geltenden CO2-Preis sowie eine entsprechende Erhöhung der Mobilitätsprämie für Geringverdiener**
- **Einmalige Erhöhung des Entlastungsbetrags für Alleinerziehende**
- **Maßvolle Anhebung des Grundfreibetrages und des Arbeitnehmerpauschbetrages**
- **Verdoppelung des Sparer-Pauschbetrages auf 1.600 Euro bei Einzelveranlagung bzw. 3.200 Euro bei Zusammenveranlagung**
- **Prüfung einer Erhöhung der Grenzwerte und maximalen Fördersummen bei der Arbeitnehmersparzulage**

Eine solide Finanz- und Haushaltspolitik gehört fest zum Markenkern christdemokratischer Politik. Durch die Befristung oder das zeitliche Vorziehen ohnehin geplanter Maßnahmen tragen wir der finanziellen Solidität Rechnung und setzen unseren Kurs einer enkelgerechten Politik fort.

3. Sicherung der Preisstabilität durch die Europäische Zentralbank

Vorrangiges Ziel der Europäischen Zentralbank ist die Sicherung der Preisstabilität, die nach Ansicht des EZB-Rates durch ein symmetrisches mittelfristiges Inflationsziel von 2 Prozent gewährleistet wird. Von dieser Zielmarke sind wir aktuell weit entfernt.

Die EZB hat sich in den vergangenen Jahren aufgrund der hohen Verschuldung der Euro-Staaten vorrangig um die Finanzmarktstabilität gekümmert. Aufgrund der hohen Inflationsraten im gesamten Euroraum sollte die EZB aus unserer Sicht die Wirkung ihrer geldpolitischen Maßnahmen erneut überprüfen und dabei ins Auge fassen, ob die Staatsanleihenkäufe noch schneller als bislang geplant zurückgefahren werden können. Außerdem würden wir es begrüßen, wenn die EZB noch für das Jahr 2022 eine schrittweise Anhebung des Zinsniveaus in Erwägung zieht. Mit diesen Schritten würde die EZB deutlich machen, dass sie sich der Preisstabilität verpflichtet fühlt.